

Erscheint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonnabend.

Inserate:
Für den Raum
einer
Kleinratt. Zeile
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtsbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 M. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Annoncen-Aannahme in der Expedition bis Mittags 12 Uhr für die am nächstfolgenden Tage erscheinende Nummer.

Die Eröffnung des Reichstages

hat diesmal nicht, wie es die klar ausgesprochene Absicht des deutschen Kaisers war, durch diesen in Person stattfinden können, da ein leichtes, hoffentlich auch schnell vorübergehendes Unwohlsein den Monarchen daran hinderte. Die durch den Präsidenten des Reichskanzleramtes, Staatsminister Hofmann, verlesene Thronrede ist trotz ihres ziemlich geringen Umfangs so inhaltreich, daß man wohl den Wunsch des greisen Kaisers begreiflich findet, dieselbe persönlich an die Vertreter des deutschen Volkes zu richten, um dadurch den Worten derselben eine größere Feierlichkeit und erhöhte Weihe zu verleihen. Drei sehr wichtige Punkte, welche augenblicklich die öffentliche Meinung in Deutschland in hervorragender Weise in Anspruch nehmen, sind in der Thronrede besonders hervorgehoben worden, und zwar: die europäische Weltlage, die Handelsverträge und die Justizgesetze. Bei dem noch immer und im jetzigen Augenblicke mehr als je verwickelten Stande der orientalischen Frage war man, nicht nur in Deutschland, sondern weit über die Grenzen desselben hinaus ungemein gespannt auf die Stellung der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit, worüber man nähere Aufklärung durch die Thronrede mit Bestimmtheit erwartete. Diese Erwartung ist indessen nicht in Erfüllung gegangen, da die Reichsregierung es jedenfalls noch nicht für angezeigt erachtete, aus der bisher von ihr so streng bewahrten Reserve schon jetzt herauszutreten. Nichtsdestoweniger ist der Passus der Thronrede, welcher die auswärtigen Beziehungen Deutschlands betrifft, ungemein wichtig und inhaltschwer. Einer „orientalischen Frage“ wird in der Thronrede nicht gedacht, sondern die Erhaltung des Friedens als die wichtigste Aufgabe der deutschen Reichsregierung an die Spitze gestellt. „Das angelegentlichste Bestreben Sr. Majestät ist unabhängig darauf gerichtet, gute Beziehungen mit allen Mächten und insbesondere mit den Deutschland nachbarlich und geschichtlich näher stehenden (jedenfalls sind Rußland und Oesterreich, vielleicht aber auch England und Italien gemeint) zu pflegen, und auch unter ihnen den Frieden, sofern er bedroht werden sollte, durch freundschaftliche Vermittlung zu erhalten. Was aber die Zukunft auch bringen möge — Deutschland darf sicher sein, daß das Blut seiner Söhne nur zum Schutze seiner eigenen Ehre und seiner eigenen Interessen eingesetzt werden wird.“ Durch diesen Passus der Thronrede ist, wenn man will, die Stellung Deutschlands der augenblicklichen Verwicklung gegenüber klar genug präcisirt; es ist die eines nach allen Seiten hin unabhängigen und keine Nation bevorzugenden Friedensvermittlers, der nur im äußersten Nothfall zum Schwerte greifen wird, und zwar erst dann, wenn dies zum Schutze seiner eigenen Ehre und seiner eigenen Interessen nothwendig sein sollte. Es ist allgemein aufgefallen, daß die Thronrede mit keiner Silbe des Drei-Kaiser-Bundes erwähnt; vielfach wurde dies dahin gedeutet, daß die bisherigen intimen Beziehungen der drei Kaiserreiche zu einander doch wohl eine Lockerung erfahren haben mögen; möglicherweise aber ist die Erwähnung des Drei-Kaiser-Bundes nur deshalb unterblieben, weil Deutschland im Augenblicke die Rolle eines durchaus unabhängigen Friedensvermittlers wichtiger und opportuner erscheint, als die eines in Bezug auf die orientalische Frage fast passiven Mitgliedes des Bundes.

Der zweite wichtige Passus der Thronrede betrifft die fernere von der Reichsregierung zu beobachtende Handelspolitik. Ziemlich unverblümt wird erklärt, daß die Regierung zu einem ferneren Fortbestehen der noch nicht aufgehobenen Zölle auf Eisen &c. die Initiative nicht ergreifen, dagegen darauf bedacht sein wird, „von der heimischen Industrie Benachtheiligungen abzuwenden, welche ihr durch die Zoll- und Steuereinrichtungen anderer Staaten bereitet werden.“ Es kann dies entschieden nur dahin gedeutet werden, daß die Reichsregierung den Grundsatz unbeschränkter Handelsfreiheit fortan nur denjenigen Staaten gegenüber aufrechtzuerhalten wird, die sich gleichfalls zu demselben bekennen, dagegen die Staaten, welche an ihren hohen Zollsätzen festhalten, mit gleichem Maße messen wird.

Weniger allgemeine Befriedigung, im Gegentheil nicht geringe Bestürzung hat der dritte wichtige Passus, welcher die Justizgesetze betrifft, hervorgerufen. Es wird in der Thronrede konstatiert, daß die Schwierigkeiten, welche sich dem „für die einheitliche Rechtsentwicklung Deutschlands so bedeutsamen Gesetzgebungswert“ entgegenstellen, nicht gering

sind, und daß in „zahlreichen und zum Theil sehr wichtigen Punkten“ die Anträge der Kommission von den Beschlüssen der verbündeten Regierungen wesentlich abweichen. Die Hoffnung auf eine glückliche Lösung ist nur darauf basirt, daß der Reichstag nicht den Vorschlägen seiner Kommission, sondern den Beschlüssen der verbündeten Regierungen zustimmen wird. Und wenn, wie wahrscheinlich, dies nicht der Fall, sondern der Reichstag sein Votum für die Vorschläge seiner aus durchaus gemäßigten und sachkundigen Männern zusammengesetzten Kommission abgeben wird, — was dann? Werden dann die verbündeten Regierungen im Interesse des Zustandekommens des so „bedeutsamen Gesetzgebungswerkes“ nachgeben? Es ist dies sehr fraglich, ebenso also das Gelingen der Justizreform.

Tagesgeschichte.

— Ueber die Angelegenheiten im Orient schreibt man: Wie die *Londoner Morningpost* vom 7. November meldet, hätte England den Zusammentritt einer Konferenz auf der Basis der Integrität und Unabhängigkeit der Türkei in Konstantinopel vorgeschlagen. Das Blatt fügt hinzu, das Programm sei identisch mit den früher von Lord Derby gemachten Vorschlägen; Voraussetzung wäre, daß von den an der Konferenz theilnehmenden Mächten eine Gebietsvergrößerung nicht angestrebt werde. — Nach der *Agence Havas* zugegangenen Nachrichten aus Konstantinopel finden daselbst augenblicklich lebhaftere Besprechungen statt behufs Erzielung einer direkten Verständigung zwischen Rußland und der Türkei, wodurch der Zusammentritt einer Konferenz unnöthig werden würde. Ein höherer türkischer Beamter würde, wie es heißt, in dieser Angelegenheit demnächst nach Petersburg gehen. — Die offiziöse *Wiener Montagsrevue* bespricht die jüngsten Ereignisse, welche sich in der orientalischen Angelegenheit vollzogen haben und konstatiert hierbei, daß die Annahme des russischen Ultimatus seitens der Pforte die Waffenstillstandsfrage zum Abschluß gebracht habe. Die Gefahren eines Winterfeldzuges seien nunmehr definitiv ausgeschlossen. Die Regelung der Frage wegen der Demarkationslinie sei bereits durch internationale Sitzungen normirt worden, denen sich auch das Petersburger Kabinett nicht leicht zu entziehen vermöge.

— Ein bekanntes historisches Wort variirend sagt man jetzt in Wien, der Kaiser Franz Joseph sei der erste Steuerträger des Staates. Der Monarch hat nämlich, nachdem der Steuerreform-Ausschuß in geheimer Sitzung einen solchen Wunsch ausgesprochen und der Finanzminister dem Kaiser hierüber Bericht erstattet hatte, angeordnet, daß der Kaiser selbst und alle Mitglieder des Herrscherhauses rückichtlich ihres Privatvermögens mit Ausnahme der Civilliste und der Apanagen zur Leistung der neuen Personal-Einkommensteuer herangezogen werden sollen. Abgesehen von dem guten Beispiele, welches damit der österreichischen, nicht sehr zahlungsfreudigen Aristokratie gegeben wird, ist der Entschluß des Kaisers Franz Joseph auch sonst ein recht erfreulicher, da man in Oesterreich bei der schlechten wirtschaftlichen Lage das betreffende Einkommen recht gut brauchen kann.

— Vor Kurzem hatte ein Engländer Namens Ralph Stott in Berlin den Versuch gemacht, Bismarck und Moltke für eine angeblich von ihm erfundene Flugmaschine zu interessieren, indem er vorgab, daß dieselbe auch im Kriege sehr nützlich werden könne, und verlangte, daß man ihm sein Geheimniß übermäßig theuer abkaufen sollte. Er erhielt auch zum Zwecke der Prüfung seiner Maschine den Auftrag, mit derselben einen Flugversuch vor Zeugen zu machen, muß sich seiner Sache aber nicht sicher gefühlt haben, denn er knüpfte daran Bedingungen, die Verdacht erregten. Jetzt schreibt man nun aus Berlin: Der Flug von Mr. Ralph Stott findet nun definitiv nicht statt. Das Fliegen wird, wie man von zuverlässiger Seite erfährt, die Polizei, auch wenn er's wirklich könnte, ihm nicht mehr gestatten, dagegen wird sie seiner demnächstigen Abreise nichts in den Weg legen. Diese Freizügigkeit hat Hr. Stott nur dem Umstande zu verdanken, daß er in Folge der Einladung hoher Persönlichkeiten hierher gekommen, die der Zuversicht, mit welcher Stott die Unfehlbarkeit seiner Erfindung darzustellen wußte, Vertrauen schenkten. Erst als Stott den Mechanismus seiner Erfindung nicht überzeugend zu erklären im Stande war und die Vorausbezahlung ziemlich hoher Geldbeträge beanspruchte, wurden Recherchen über sein